

EWE-Chef Stefan Dohler: „Die Prozesse müssen deutlich beschleunigt werden.“



Im W+M-Interview spricht Stefan Dohler, Vorstandsvorsitzender der EWE AG, über die Versorgungssicherheit von Gas und Strom, den Ausbau der erneuerbaren Energien und bürokratische Hemmnisse, welche die Energiewende bremsen.

W+M: Herr Dohler, welche wirtschaftlichen Gefahren drohen EWE angesichts der aktuellen Energiekrise?

Stefan Dohler: Die Lage ist zurzeit bei allen Energieversorgern extrem angespannt. Und dies betrifft gleich zwei Aspekte: Die Versorgungssicherheit, die für uns sehr lange Zeit gar nicht zur Debatte stand, sondern selbstverständlich war, sowie die Entwicklung der Preise. Beides steht natürlich in einem engen Zusammenhang.

W+M: Ist die ausreichende Versorgung mit Gas für den bevorstehenden Winter noch gewährleistet?

Stefan Dohler: Unsere Gasspeicher sind nahezu komplett gefüllt, auch in der restlichen Energiewirtschaft sind die Speicher mittlerweile gut ausgelastet. Damit kann aber nicht jedes denkbare Krisenszenario in den kommenden Monaten völlig ausgeschlossen werden. Wenn der Winter sehr kalt oder lang wird und wir nicht genügend Energie einsparen, sind Versorgungsengpässe beim Gas nach wie vor möglich.



Rüdersdorf, EWE Gasspeicher, Objektfoto **W+M: Wie sehr belastet die Explosion der Gaspreise Ihr Unternehmen?**

Stefan Dohler: Wir erleben in Teilen eine Verzehnfachung der Preise. Selbst wenn wir die höheren Beschaffungskosten teilweise an unsere Kunden weitergeben können, müssen diese von uns zunächst vorfinanziert werden. Das heißt zum Beispiel, dass wir jetzt deutlich höhere Sicherheitsleistungen hinterlegen müssen.

Wir spüren bereits jetzt schon, dass einige Kunden mit den gestiegenen Preisen überfordert sind. Dies wird in naher Zukunft eher zunehmen, deshalb muss die Politik helfend eingreifen. Die Frage wird sein, ob die bisher geschnürten Entlastungspakete für die Bürger schnell genug greifen und die richtigen Adressaten erreichen. Als Unternehmen versuchen wir darüber hinaus so flexibel wie möglich, Kunden in Zahlungsschwierigkeiten Zeit zu geben, Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen.

W+M: Wie sieht es bei kleinen und mittelständischen Unternehmen aus, die durch die massiv steigenden Kosten in Schieflage geraten sind?

Stefan Dohler: Bei den gewerblichen Kunden gelten zurzeit vielfach noch längerfristige Verträge zu günstigeren Konditionen, die wir vertragstreu erfüllen, trotz der höheren Beschaffungskosten. Viele dieser Jahreskontrakte laufen aber nun aus. Das bereitet den Unternehmen natürlich Sorge, weil viele

von ihnen die aktuellen Energiekosten nicht oder nur in Teilen an ihre Kunden weiterreichen können und so absehbar in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen werden. Auch hier muss der Staat den KMU mit zielgenauen Entlastungspaketen zur Seite stehen. Dies erachte ich im Übrigen als sinnvoller und praktikabler als direkte staatliche Eingriffe in den Energiemarkt.

W+M: Gibt es für EWE auch positive Entwicklungen in dieser aktuellen Lage?

Stefan Dohler: Wir haben die Genehmigung für eine Gasanbindungsleitung zum LNG-Terminal in Wilhelmshaven vorliegen und werden rund 160 Millionen Euro investieren, um bis zum Winter 2023 die Anbindung an unsere Gasspeicher im Nordwesten und das Ferngassystem zu realisieren. Davon partizipieren dann auch andere Regionen wie Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern. Zudem können wir mittlerweile über unsere Windkraftanlagen vier Terrawattstunden. Strom pro Jahr selbst erzeugen. Angesichts unserer gesamten Stromverkäufe von 18 Terrawattstunden ist dies aber noch ein geringer Anteil, so dass die aktuell höheren Erlöse in diesem Geschäftsfeld nur bedingt ins Gewicht fallen.



Stefan Dohler. Copyright: Mohssen Assanimoghaddam Schnitt

W+M: Was bedeutet die gegenwärtige Krise aus Ihrer Sicht für das Gelingen der Energiewende?

Stefan Dohler: Das Verständnis für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der gleichzeitigen Reduzierung der Importabhängigkeiten ist stark gewachsen. Wir erleben, dass sehr viele, auch gewerbliche Kunden, jetzt beispielsweise nach PV-Anlagen nachfragen. Die nächsten beiden Jahre, insbesondere die Wintermonate, werden dennoch eine schwierige Zeit. Danach werden wir, so meine Einschätzung, ausreichend LNG-Importe haben, wir werden eine deutliche Absenkung des Energieverbrauchs erleben, der europäische Verbund wird besser funktionieren und der Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich vorangeschritten sein. Auch beim Umbau der Wärmeversorgung, vor allem durch einen stärkeren Einsatz von Wärmepumpen, wird es in diesem Zeitraum positive Entwicklungen geben. Das alles wird zu einer Stabilisierung der Preise führen, wenn auch auf einem höheren Niveau als vor der Krise. Wir müssen jetzt möglichst schnell das Angebot an Energie aus unterschiedlichen Quellen erhöhen und den Energieverbrauch senken. Letzteres wird automatisch passieren, wenn die hohen Energiepreise endgültig die Kunden erreicht haben.

W+M: Auch EWE investiert zurzeit in den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wie weit sind Sie auf diesem Weg bereits vorangekommen?

Stefan Dohler: Wir haben gemeinsam mit der Aloys Wobben Stiftung ein Gemeinschaftsunternehmen, die Alterric GmbH mit Hauptsitz im ostfriesischen Aurich, gegründet. Dies ist der größte Onshore-Windpark-Betreiber in Deutschland mit 2.300 Megawatt installierter Leistung. In unserer Projekt-Pipeline in ganz Europa warten weitere 9.000 Megawatt. Die Alterric GmbH wächst zurzeit sehr stark. Unser Ziel ist es, bis 2030 mindestens 200 Megawatt Zubau jährlich in der Windenergie zu verwirklichen. Dafür haben wir in diesem Jahr noch mal zusätzlich 100 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eingestellt. Auch in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern setzen wir bereits Projekte um.

W+M: Schreitet der Ausbau schnell genug voran?

Stefan Dohler: Die Geschwindigkeit hängt sehr stark davon ab, wie schnell wir die Genehmigungen und Freigaben für solche Windparks bekommen. Die bürokratischen Genehmigungsprozesse hemmen den Ausbau derzeit noch massiv, auch weil die personelle Ausstattung der Behörden nicht ausreichend ist. Das muss sich ändern, die Prozesse müssen deutlich beschleunigt werden.

W+M: Die Politik hat selbst angekündigt, die Genehmigungsprozesse beschleunigen zu wollen. Ist dieser Wille bereits in der Praxis spürbar?

Stefan Dohler: Die Vorhaben, das Repowering schneller umsetzen zu können, die Flächenausweitung für die Windkraft oder die Anpassungen beim Arten- und Naturschutz, sind richtige und notwendige Schritte. Die Umsetzung ist aber in der Praxis der lokalen Genehmigungsbehörden oftmals noch nicht angekommen.

W+M: Muss die Energiewirtschaft hier mehr Druck auf die Politik ausüben?

Stefan Dohler: EWE hat bereits einen 16-Punkte-Plan vorgelegt, der konkret benennt, mit welchen Maßnahmen die Prozesse und der Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich schneller umgesetzt werden können. Das Beispiel des LNG-Beschleunigungsgesetzes hat aktuell gezeigt, wie kurzfristig der Gesetzgeber Lösungen finden kann, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Dasselbe wäre aus meiner Sicht ein Erneuerbare-Energien-Beschleunigungsgesetz ebenfalls denkbar.

EWE-Projekte in Brandenburg und MV



Rüdersdorf, EWE Gasspeicher.

Auch in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern hat EWE-Projekte zum Umbau der Energiewirtschaft auf den Weg gebracht. In Brandenburg sind beispielsweise 32 EWE Go-Ladepunkte am Tropical Islands in Betrieb gegangen. Geplant ist auf dem Gelände der tropischen Urlaubswelt auch die Erzeugung von Wärme und Strom aus erneuerbaren Energien, wenn die Politik die Weichen stellt und die Flächennutzung genehmigt. Zudem unterstützt EWE in Jüterbog einen Investor bei der energetischen Sanierung eines historischen Vierseithofs mit Landgasthof und Reiteranlage. Dieser wird gerade zum Treffpunkt für Arbeit, Kultur und Freizeit umgebaut, mit Restaurant, Co-Working und Co-Living. EWE installiert für den Betreiber in den nächsten Monaten eine Luft-Wärme-Pumpe und eine PV-Anlage, die den überwiegenden Strombedarf decken soll. Mehrere E-Ladestationen auf dem Areal

sind ebenfalls geplant. Zudem setzt EWE zunehmend auf grüne Gase. So baut das Unternehmen gerade neue, mit Biogas betriebene Blockheizkraftwerke in Finowfurt und Strausberg.

Interview: Frank Nehring/Matthias Salm